Nummer 239 | Halle, Donnerstag, den 11. Oktober 1923 | 58. Jahrgang
Straßenverkaufspreis 7 000 000 M.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ✦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Die Anzeigen werden nach Millimetern berechnet; die Preise hierfür sind freibleibend. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Bauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Die Zentrale verbindet mit allen Abteilungen. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Die Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz.

Kritische Stunden.

Die Abstimmung über das Gesetz auf Sonnabend vertagt.

Berlin, 11. Oktober. Aus dem Reichstag erfahren wir: Der Reichskanzler berief sogleich nach seiner Rückkehr vom Reichspräsidenten die Fraktionsführer der Regierungsparteien zu einer Besprechung zu sich und erklärte ihnen, daß der Reichspräsident ihm die

Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages gegeben habe, wenn das Ermächtigungsgesetz nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit findet.

Während der Plenarsitzung hielten die Sozialdemokraten eine Fraktionssitzung ab, in der versucht werden soll, die Opposition in der Partei, die sich bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz der Abstimmung enthalten will, von ihrem Vorhaben abzubringen, da sonst die Auflösung des Reichstages mit ihren katastrophalen Folgen unvermeidlich sei. Zurzeit wird auch versucht, die Deutschnationale Volkspartei zu bewegen, während der Abstimmung im Saal zu verbleiben, da sonst die Anwesenheit von zwei Dritteln aller Mitglieder nicht erreicht würde. Die Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die während der Vollsitzung stattfand, war nur von kurzer Dauer. Der Minderheit wurden noch einmal die Folgen dargelegt, die eine Reichstagsauflösung haben müsse. Eine große Abstimmung wurde nicht vorgenommen, Beschlüsse nicht gefaßt. Man hält die Lage für sehr ernst.

Die deutschnationale Fraktion des Reichstages hat, wie wir erfahren, sich in ihrer heutigen Sitzung dahin geeinigt, das Schicksal des Ermächtigungsgesetzes von dem Verhalten der Regierungsparteien abhängig zu machen. Deren Pflicht sei es, dafür zu sorgen, daß das Gesetz die nötige Mehrheit erhalte. Wenn die Regierungsparteien imstande wären, das Gesetz aus eigener Kraft durchzubringen, so würden die Deutschnationalen keine geschäftsordnungsmäßigen Hindernisse entgegensetzen. Wären die Regierungsparteien aber nicht in ausreichender Anzahl vorhanden, so müßten die auch die notwendigen Folgen tragen.

*

Berlin, 11. Oktober. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Abg. Frölich (Komm.): Mit dem Ermächtigungsgesetz will man unter der falschen Maske der Verfassungsmäßigkeit eine Stinnesdiktatur errichten, die der rechte Flügel der Volkspartei vorher auf anderem Wege erreichen wollten. — Abg. Ledebour (U. S.) beantragt, der Reichstag möge seine Verhandlungen solange aussetzen, bis der Reichskanzler zu den früheren Beschuldigungen des Abg. Frölich sich äußern will.

Präsident Loebe erklärt dazu, der Reichskanzler werde in wenigen Minuten erscheinen. Er sei jetzt zum Reichspräsidenten gegangen, weil Mitteilungen über die Vertretungsstärke und über die Stimmung der Parteien ihn dazu veranlaßt hätten. (Hört! Hört!) Der Präsident stellt dann die Unterstützungsfrage zum Antrag Ledebour auf Aussetzung der Verhandlungen. Er macht darauf aufmerksam, daß 30 Stimmen zur Unterstützung nötig sind. In dem schwach besetzten Saal erheben sich zur Unterstützung die Kommunisten, die Unabhängigen, die Deutschvölkischen und einige Deutschnationale unter Führung des Abg. Laverrint. Von den Mittelparteien kommen heftige Pfuirufe gegen die Deutschnationalen. Während der Stimmenzählung kommen erst die meisten Deutschnationalen in den Saal. Der Präsident erläutert ihnen unter lautem Protestrufen des Abg. Ledebour den Antrag. Nachdem Abgeordneter Hergt seinen Platz eingenommen hat, setzen sich auch die übrigen Deutschnationalen wieder, so daß der Antrag Ledebour nicht die nötige Unterstützung hat. Bei der Fortsetzung der Aussprache bekämpft Abg. Henning (Dvölk.) das Ermächtigungsgesetz. Während seiner Rede hat der

Reichskanzler seinen Platz am Regierungstisch eingenommen.

Abg. Henning fordert ihn auf, die Führung zu übernehmen in der freiheitlichen völkischen Bewegung, die jetzt durch das deutsche Volk gehe und die nicht zu unterdrücken sei. Wenn das Judentum sein Treiben fortsetze, dann können wir unsere Leute nicht länger im Zaume halten, dann möchte ich am Tag der Abrechnung nicht Jude sein.

Vizepräsident Dr. Bell teilt mit, daß zur Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz namentliche Abstimmung beantragt worden sei. Abg. Ledebour (U. S.) beschwert sich, daß der Kanzler der Debatte nicht beigewohnt hat. Wenn er mit den Fraktionsführern Besprechungen hatte, so könne das nur den Sinn haben, daß er wieder sein Mandat zur Verfügung stellen will. Dr. Stresemann ruft lächelnd: Nein! Ledebour: Dieser Regierung können wir unmöglich die Diktatur übertragen. Abg. Leicht (B. Vpt.) erklärt, seine Fraktion lehne das Ermächtigungsgesetz nach wie vor ab. Sie wolle aber keine Obstruktion treiben und werde deshalb den Saal nicht verlassen. — Abg. Dr. Breitscheidt (Soz.): Diejenigen Sozialisten, die dem Gesetz zustimmen, wollen damit auch nur der Arbeiterschaft und dem Volke dienen. Die äußerste Not des Volkes macht es notwendig, zur Durchsetzung wirksamer Maßnahmen der Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung außerordentliche Vollmachten zu geben,

um damit einer illegalen Diktatur vorzubeugen.

Gegen die drohende Reaktion, gegen Anarchie und Hungersnot, für Republik, Reichseinheit und die Erhaltung einer starken Demokratie und des Rechtes der arbeitenden Massen, gegen die Anmaßungen kapitalistischer Willkür wollen wir eintreten. In diesem Sinn stimmen wir dem Ermächtigungsgesetz zu.

Ein Antrag der Regierungsparteien auf Schluß der Debatte wird angenommen. Dr. Wulle bekämpft nochmals das Gesetz. Die Grundrechte der Verfassung würden damit durchbrochen und eine Diktatur der Mittelmäßigkeit trete an ihre Stelle. Die Regierung sollte endlich den Reichstag auflösen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen die äußerste Linke und Rechte angenommen. Alle Änderungsanträge werden abgelehnt. Bei der Abstimmung haben der Reichskanzler und verschiedene Minister ihre Plätze in den Fraktionen eingenommen. Der deutschnationale Antrag gegen die Aufhebung der Verfassungsgrundrechte wird mit 292 gegen 79 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt.

Hierauf erfolgt die

namentliche Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz.

Nach Beginn der Abstimmung gab der Deutschnationale Abgeordnete Schultze-Bromberg die Erklärung ab, daß seine Partei den Regierungsparteien die Verantwortung für die Selbstentmannung des deutschen Parlamentarismus überlassen müsse und verläßt sodann mit den Abgeordneten der Deutschn. Partei den Saal. Der Kommunist Fröhlich gab eine ähnliche Erklärung ab. Da nun die verfassungsmäßige erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht mehr anwesend ist, wurde auf Antrag des Zentrumsabgeordneten Marx die endgültige Abstimmung verlagt. Die nächste Sitzung findet am Sonnabend nachmittag statt. Tagesordnung: Endgültige Abstimmung.

Gegen die Verleumder.

Amtliche Richtigstellungen zu den Angriffen auf die Ruhrindustrie.

Von amtlicher Stelle wird erklärt, daß die Angriffe eines Teiles der Presse gegen den Bergbauverein völlig unberechtigt sind. Die Regierung hält es für selbstverständlich, daß die Wirtschaft des besetzten Gebietes sich frage, wie sie in der gegenwärtigen Lage die Arbeit wieder aufnehmen könne. Am vergangenen Mittwoch abend suchten die Industriellen eine Besprechung mit dem Reichskanzler an. Den Parteiführern sei kein Zweifel darüber gelassen worden, daß sie die ganze Verantwortung dafür trügen, wenn die Regierung infolge der Krise nicht in der Lage sei, mit den Industriellen zu verhandeln und die nötigen Weisungen an die Beamtenschaft zu erteilen. Daß die Besprechung nicht zustande gekommen ist, daran trägt weder die Regierung noch die Industrie die Schuld. Der Reichskanzler konnte in Besprechungen von solcher Wichtigkeit nicht eintreten, da er nicht wußte, ob das Kabinett am nächsten Tage noch im Amt sein werde. Von amtlicher Stelle wird weiter mitgeteilt,

daß von „Forderungen" des Bergbauvereins an die Regierung überhaupt nicht die Rede sein kann. Der Reichskanzler hat nach den ersten mündlichen Besprechungen am Sonntag die Industriellen ersucht, ihre Gesichtspunkte in einem Schreiben zusammenzufassen. Dieses Schreiben beschäftigt zurzeit die Ressorts und wird, wenn möglich, sofort im Kabinett besprochen werden. Es wird amtlich festgestellt, daß die Industriellen gegenüber der Reichsregierung loyal gehandelt haben und daß die Vorwürfe gegen den Bergbauverein nicht zutreffen.

*

Mit diesen amtlichen Feststellungen bricht das ganze Lügengebäude über die „Forderungen" der Ruhrindustrie zusammen. Nachdem der wahre Sachverhalt über die Verhandlungen des Bergbaulichen Vereins mit den französisch-belgischen Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet einigermaßen klargestellt ist, sind die Fälscher und Hetzer wenigstens für den Augenblick still geworden. Wir können uns des Verdachtes nicht erwehren, daß die „Vossische Zeitung" und die in derselben Richtung arbeitenden Blätter ihren Verleumdungsfeldzug gegen Stinnes, Klöckner, Vögler und die anderen Herren nur unternommen haben, um die öffentliche Aufmerksamkeit von anderen Dingen abzulenken. Der harmlose, ehrliche Deutsche, der von den Schiebungen hinter den Kulissen nichts ahnt, vermag die Zusammenhänge nicht zu durchschauen. Aber im Interesse der moralischen Gesundung unseres Volkes wäre es auf das Dringendste zu wünschen, daß sowohl in die persönlichen wie sachlichen Beziehungen dessen, was jetzt an der Ruhr vorgeht, gründlich hineingeleuchtet wird.

* * *

Die Weigerung zu verhandeln.

Ausflüchte der Poincarépresse.

Paris, 11. Oktober. Zu dem Schritt, den der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat v. Hoesch, am Quai d'Orsey unternommen hat, schreibt der „Temps", die Antwort Poincarés verhindere keineswegs die Verhandlungen, die später zwischen sämtlichen Alliierten und Deutschland eröffnet werden könnten, wenn der Widerstand aufhöre und die deutsche Regierung einen Zahlungsvorschlag gemacht habe. Weit davon entfernt den Weg zu versperren, der zu einem Einverständnis führen könne, führt die französische Regierung Deutschland auf diesen Weg zurück.

*

London, 11. Oktober. Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, es bestehe in der französischen Hauptstadt offenbar der Wunsch, daß die französische Weigerung, mit Berlin über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet zu verhandeln, keinen Argwohn im Auslande aufkommen lasse. Wenn Berlin beschließen sollte, die deutschen Industriellen im Verlaufe der Verhandlungen zu beraten, so würde Paris keinerlei Einwand dagegen erheben, aber direkt könne die französische Regierung nur mit den Industriellen selbst verhandeln.

Die Schichtzeit im Bergbau.

Die bisherigen Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Gewerkschaften haben zu keinem Ergebnis geführt. Der Zechenverband hat deshalb beschlossen, die Entscheidungen des Reichsarbeitsministers in den am Donnerstag den 11. Oktober stattfindenden Lohnverhandlungen für den Bergbau abzuwarten. Man hofft jedoch, daß es zwischen den Gewerkschaften und den Industriellen zu irgendeiner Einigung kommt in bezug auf eine Verlängerung der Schichtzeiten.

Für Freitag ist das Präsidium und der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenberufen worden. Es wird dort die politische Lage behandelt werden.

Leben oder sterben?

Maßnahmen zur Wendung des deutschen Schicksals.

Wir beginnen heute mit dem Abdruck einer Reihe von Aufsätzen aus berufener Feder. Nur die ungeschminkte, bittere Wahrheit über Deutschlands Zerstörung in der Welt kann vielleicht noch das deutsche Volk aus politischer Kurzsichtigkeit, seelischer Verlotterung und törichter Hoffnungsseligkeit zu nationalem Wollen und Handeln aufrütteln. Möchte das, was in den folgenden Zeilen über Poincarés Denken und Wirken gesagt ist, mit beitragen, den größten deutschen Selbstbetrug zu zerstören, den Glauben an Verständigung und friedliche Auseinandersetzung. Die Schriftleitung.

Poincaré hat selbst 50 Jahre lang Revanche geträumt. Er weiß, daß der Tag kommt, wo jeder Deutsche, mag er heute noch so international verrannt sein, nichts anderes denkt und sinnt. Ein Volk kann gar nicht auf Revanche verzichten. Das hieße auf seine Vergangenheit, also auf das verzichten, was es zum Volke statt eines zufälligen Menschenhaufens macht. Poincaré weiß, was er will. Aber auch wir müssen klar sein. Wie die Dinge durch den Vertrag von Versailles und die Ruhrbesetzung geworden sind, kann es keinen Frieden wieder geben, keinen Ausgleich. Nur noch einen Endkampf wie zwischen Karthago und Rom, nur noch Auge um Auge, Zahn um Zahn, Blut um Blut.

Poincaré hat alle Macht in der Hand und nutzt sie. Erst nahm er Elsaß-Lothringen, Saar- und Rheingebiet, dann die Ruhr. Früher oder später wird er weiter nach Osten greifen. Denn läßt er uns Zeit, zur Ruhe, zur Stetigkeit unseres Staatsrumpfes zu kommen, dann kommt die Revanche. Es ist Selbstbetrug, daß wir uns in Hoffnungen wiegen, Poincaré oder irgendeiner seiner Nachfolger würde aus „Menschlichkeit" Gnade walten lassen.

Poincaré will uns vernichten. Das heißt: er will das deutsche Volk vom Erdboden vertilgen, so wie die Karthager und Römer und andere Völker vertilgt worden sind. Darum geht es. Nicht um einige Milliarden mehr oder weniger. Und alle Mittel werden dazu eingesetzt. Nachdem 4 Jahre lang mit den teuflischsten Maschinen und dem unerbittlichsten Raffinement Krieg geführt ist, glaubt da auch nur einer, dieselben Menschen würden „humanität" üben, d. h. auf halbem Wege, mitten im Sieg, haltmachen?

Poincaré wird die Deutschen im besetzten Gebiet bis aufs Blut peinigen. Jetzt, seit sie vom Reich verlassen sind, rücksichtsloser denn je. Denn Menschen zur Auswertung der Bodenschätze findet er genug, und wenn er sie in Japan und China holen müßte; auch eilt ihm das nicht. Nach Deutschland hinüber jagen wird er sie, denn im besetzten Gebiet sind sie Feind, sind Gefahr; jenseits der Grenze sind sie Bundesgenosse, Bundestruppe, denn sie stören uns den ruhigen Gang der Arbeit, sie brauchen Wohnung und vor allem: sie brauchen Brot. Und jeder Esser mehr im unbesetzten Deutschland bedeutet schwere Hungersnot, schwere Unruhen, schwereren Bruderkrieg, schnellere Vernichtung.

Poincaré weiß, daß Deutschland ohne die Erze und Kohlen von Lothringen, Saarland, Rhein- und Ruhrgebiet und Oberschlesien seine Industrieproduktion nicht beibehalten und mithin seine Bevölkerung nicht ernähren kann. Daß es das noch viel weniger kann, wenn es obendrein Reparationsleistungen macht. Gerade deshalb verlangt er Reparationen, deshalb stürzt er die Mark, wo und wie er kann, deshalb jagt er Hunderttausende und vermutlich noch Millionen Deutsche zu uns ins unbesetzte Gebiet: um den Untergang zu beschleunigen. Erst die Verfolgung des geschlagenen Feindes verbürgt den Sieg in der Schlacht, erst die Verfolgung des unterworfenen Feindes bis zur völligen Vernichtung sichert das Ergebnis des Krieges.

Poincaré ist zielbewußt: England hat ihm gezeigt, wie man Deutschland besiegt: durch den Hunger. Poincaré weiß, wie man das deutsche Volk ausrottet mit Stumpf und Stiel: durch den Hunger. Alles, was er tut, dient diesem Ziel: der Aushungerung. Ruhrbesetzung, Oberschlesien, Danzig, Reparationen, Unterstützung des Kommunismus, Bekämpfung der Organe der deutschen staatlichen Ordnung (Reichswehr usw.) sind wie das Hände- und Füßefaßhaben, das Strecken, Zungeausreißen, Blenden, Knochenbrechen und Radflechten der mittelalterlichen Folter mit der Verstümmelung als Zwischenstufe und dem Tod, nein einfach der Auflösung als Ende. Gegen diesen an die Methode der spanischen Kolonisation in Mexiko und Peru erinnernden Plan hilft uns kein Protestieren und keine Hoffnung auf den Protest der Welt.

Poincaré kennt die Welt. Die Welt weiß und glaubt, was ihr vorerzählt und gedruckt vorgesetzt wird. Und können wir mit unserer Armut der Welt auch nur den hundertsten Teil der Nachrichten über Deutschland bringen, die Frankreich ihr zugehen läßt? Wissen wir denn, wie es in Frankreich oder Oesterreich oder Rußland aussieht? Und da glauben wir, die anderen Länder und vor allem das weitentfernte Amerika wüßte mehr von uns, als wir von ihnen? Jedes Volk hat eigene kleine und große Sorgen genug, und keiner, dem es gut geht, hört gern die Stimmen des Elends.

Poincaré wird dafür sorgen, daß die deutschen Notschreie innerhalb der deutschen Grenzen wie hinter Gefängnismauern verhallen, wird dafür sorgen, daß wir wie lebendig begraben oder eingemauert werden. Und die Welt wird achtlos oder höchstens scheu aufblickend an Deutschland vorübergehen, während hier hinter den Mauern Mann und Weib und Kind in unerbittlichem Todeskampf den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19231011019/fragment/page=0001

Hunger erliegen. Und wenn zum Hunger erst der letzte der apokalyptischen Reiter, die Seuche, hinzukommt, dann wird die Welt nicht nur an uns vorüberellen, sondern sich auf Frankreichs Seite schlagen und uns noch vollständig abriegeln, um sich vor Ansteckung zu schützen.

Wir sind allein. Allein mit unserem Kapitalmangel, unserer Arbeitslosigkeit, unserem Hunger und mit den Millionen Verzweifelter, denen zu helfen uns Geld fehlt, mit dem man etwas kaufen kann. Denn was nützt es beim jetzigen Dollarstand, wenn das Reich Erwerbslosenunterstützungen zahlt und zu diesem Zweck Trillionen über Trillionen neues Papiergeld druckt? Von Papier wird man nicht satt, und für derart entwertetes Papier gibt niemand Ware, niemand Nahrungsmittel ab. Erwerbslosengelder können den Hunger nicht bannen, und Unterstützung durch Beschlagnahme und Zuteilung der vorhandenen Nahrungsmittel könnte bestenfalls den Untergang um eine Galgenfrist hinausschieben, aber nicht abwehren. Ob und wie überhaupt noch Rettung ist, mag ein andermal geprüft werden. So ungeheure Gefahr erfordert ungeheure Entschlüsse, für die das Volk erst reif ist, wenn die Einsicht da ist: daß wir mitten im Endkampf der Germanen und Romanen stehen; daß die Geschichte zwischen starken Völkern nur das eherne Entweder-Oder, Rom oder Karthago kennt, und daß wir gegenüber dem Nichts stehen, gegenüber der völligen Ausrottung, als dem letzten Ziel der Politik Poincarés. Cato.

Politische Aussprache im Landtag.

Aufschub der Gemeindewahlen bis 1924.

Berlin, 10. Oktober. Die Aussprache über die Erklärung des Ministerpräsidenten wird fortgesetzt. Abg. Dr. Kaiser (Vpt.) erklärt im Namen seiner Fraktion die volle Zustimmung zu der Erklärung des Ministerpräsidenten. (Beifall bei der Mehrheit.) Wir stehen einmütig hinter der Politik Stresemanns und sind bereit, auch dem neuen Kabinett zu folgen und die neue Koalition mit aller Kraft zu unterstützen. (Erneuter Beifall bei der Mehrheit.) Es ist falsch, jetzt rücksichtslose Kritik zu üben. Wir haben zur Bevölkerung des Rheinlandes felsenfestes Vertrauen. (Lebhafter Beifall.) Der Ruhrkampf war nicht umsonst. Er hat unser Ansehen in der Welt wieder gestärkt. Es muß vor allem alles daran gesetzt werden, um ein Auseinanderfallen Preußens zu verhindern. Die törichten Gedanken der Welfen dürfen nicht zum Ziel gelangen. Das Reich braucht ein starkes Preußen. (Lebhafter Beifall.) Die Vorwürfe gegen den Reichskanzler Stresemann über die Art des Abbruchs des Widerstandes sind völlig unbegründet. Wir haben den Eindruck, daß von seinen der Deutschnationalen der schweren Zeit nicht Rechnung getragen wird. Die (nach rechts) stehen eben nur das eine: Stresemann muß weg! Ihre Partei ist eingestellt auf den Gedanken: Wir wollen mit den andern arbeiten, aber nur, wenn diese andern genau das tun, was wir wünschen. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Wir müssen in dieser Zeit das Parteipolitische, auch das Programmatische zurückstellen. (Lebhaftes Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Nur gemeinsam können wir das Schwere tragen, was uns noch bevorsteht. Dem Lande rufen wir zu: Seid gewarnt!

Haltet Einkracht, denn die Zwietracht ist seit Jahrtausenden immer die schärfste Waffe in der Hand des Feindes gewesen.

(Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.): Unglaublich ist der Hochgrad der Heuchelei, der in der Behauptung zutage tritt, daß der passive Widerstand aufgegeben werden mußte, weil die Arbeiterschaft ihn nicht weiterführen könne, während doch gerade die Unternehmerschaft ihn unmöglich machte, indem sie der Arbeiterschaft die Mittel zur ihrerseichenden Ernährung brutal verweigerte! Wir fordern Abrechnung mit allen Hochverrätern, mit Stinnes, Klöckner, Vögler usw., die wir, wenn wir die Macht haben, an den Galgen bringen. Nicht mit blauen Bohnen bringt man das Proletariat zur Ruhe. Die deutschnationale faszistische Diktatur ist der Bürgerkrieg; der Bürgerkrieg ist unvermeidlich. Abg. Dr. Schreiber (Dem.) betont die Notwendigkeit der Gemeinsamkeit des Volkes mit den Brüdern und Schwestern an Rhein und Ruhr. Leider sind in der Ausführung bisher keine Wege, zu besseren Zeiten zu kommen, gezeigt worden. Der Abbruch der Beziehungen zu Frankreich und Belgien hätte Rhein und Ruhr im Stiche zu lassen und Deutsch und Dorten in die Hände arbeiten. Das kann eine nationale Partei doch nicht wollen. Die Staatsautorität muß aufrechterhalten werden. Die Not der Stunde gestattet keinen Aufschub. Abg. Dr. Brodt (Wirtschaftsp.): In der Ausfprache ist die Frage des parlamentarischen Systems ganz besonders in den Vordergrund getreten. Nicht mehr die Parteien, sondern die Gewerkschaften einerseits, die Wirtschaftsverbände andererseits sind die eigentlichen Herren der Lage. Wo bleibt da das parlamentarische System?

Im Lande draußen hört ja tatsächlich kein Mensch mehr auf das, was wir hier sagen.

Von den Regierungsparteien ist ein Entschließungsantrag eingegangen: „Der Preußische Landtag billigt die Erklärung des Staatsministeriums, daß trotz der unvermeidlichen Einstellung des passiven Widerstandes der Kampf für das deutsche Recht an Rhein und Ruhr mit aller Entschiedenheit fortgesetzt werden soll. Er dankt der Bevölkerung an Rhein und Ruhr für die heldenhafte opferwillige Führung des Abwehrkampfes und spricht die feste Zuversicht aus, daß sie auch in Zukunft in ihrer Treue zu Reich und Preußen nicht wankend wird. Der Landtag fordert das Staatsministerium auf, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um durch Steigerung der Produktion, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und tatkräftige Schaffung einer wertbeständigen Währung eine Gesundung der deutschen Wirtschaft herbeizuführen und die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen. Dringend notwendig ist auch die Gesundung der Finanzen in den Ländern und Gemeinden."

Ministerpräsident Braun vermißt positive Vorschläge in den Darlegungen des Abg. Brodt. Ein Schlußantrag wird unter lebhaftem Widerspruch der Opposition rechts und links angenommen. Zu der Abstimmung werden die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit usw., auf Rückgängigmachung der Verbote der Arbeiterpresse, Beschlagnahme von Lebensmitteln, Waffenausrüstung der proletarischen Abwehrformationen, Ablehnung der Aufhebung des Achtstundentages sowie auf Anklageerhebung gegen die rheinischen Großindustriellen Stinnes usw. abgelehnt.

Angenommen wird der Antrag der Koalitionsparteien. Für den Teil des Antrags, der der Rhein- und Ruhrbevölkerung dankt, Steigerung der Produktion, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und sofortige Schaffung einer wertbeständigen Währung verlangt und die Erwartung ausspricht, daß das Staatsministerium allen Umsturzversuchen nachdrücklichst entgegentritt, stimmen auch die Deutschnationalen.

Am Schluß der Tagesordnung steht die erste und zweite Beratung des von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzentwurfs, durch den die für November 1923 in Aussicht genommene Termin für die

Neuwahl der Gemeindevertretungen

bis zum 2. März 1924 hinausgeschoben werden soll. Diesem Entwurf stehen gegenüber Anträge der Deutschnationalen und der Kommunisten, die die Wahlen am 18. November 1923 vornehmen. Abg. Sonnenschein (Zentr.) begründet die Notwendigkeit der Koalition bat den 18. Novbr. bereits zur Unmöglichkeit gemacht; wir beantragen daher, den Termin auf den 9. Dezember zu verlegen. Abermals werden die Zustände an der Ruhr für die neue Verschleppung herangezogen. Das ist geradezu skandalös. Die Notwendigkeit der Gemeindewahlen ist so augenscheinlich, daß es schon wirkte, selbst Revolution in Deutschland zu machen. (Heiterkeit.) Nach weiterer Aussprache werden die Anträge der Deutschnationalen und der Kommunisten abgelehnt. Der Antrag der Deutschnationalen war dahin abgeändert worden, daß die Wahlen am 9. Dezbr. nur im unbesetzten Gebiet vorgenommen werden sollten. Der von den Regierungsparteien beantragte Gesetzentwurf gelangt in namentlicher Abstimmung mit 189 gegen 72 Stimmen zur Annahme. Donnerstag, 12 Uhr: Ausführungsgesetz zum Finanzausgleichsgesetz, Wegebaugesetz.

Eine geschäftliche Reichstagssitzung.

Berlin, 10. Oktober. Die Mittwochsitzung des Reichstags war kurz und wenig aufregend. Da die dritte Beratung des Ermächtigungsgesetzes wegen des Einspruchs der Kommunisten und Deutschnationalen nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte, waren nur kleinere Vorlagen zu erledigen. Immerhin benutzte die Kommunistin die Beratung des vierten Nachtragsetats eine Angelegenheit, die sonst debattelos besorgt wird — zu großen Anklagereden gegen die Regierung und die Mehrheit. Abg. Barth protestierte gegen das Verbot der „Rote Fahne" auf unbeschränkte Zeit. Von den übrigen Parteien nahm niemand das Wort und der Nachtragsetat, der die Kleinigkeit von 578416 Billionen flüssig machen will, wurde in zweiter und dritter Beratung angenommen. Ohne Debatte wurde ein Antrag Esser (Z.) angenommen, wonach die Zahlungen aus öffentlichen Arbeits- und Lieferungsverträgen unter Aufhebung entgegenstehender Vertragsbestimmungen in wertbeständiger Zahlungsmittein geleistet werden sollen. Der Gesetzentwurf zur Förderung der Forst- und Weidewirtschaft ging an den Rechtsausschuß. Einige Anträge auf Strafverfolgung von Abgeordneten wegen Beleidigung in den von ihnen redigierten Zeitungen wurden an den Geschäftsordnungsausschuß zurückverwiesen, der einmal grundsätzlich die Frage entscheiden will, ob Abgeordnete, die gleichzeitig verantwortliche Redakteure sind, in solchen Fällen durch ihre Immunität geschützt sein sollen. Gegen 5 Uhr vertagte sich das Haus auf Donnerstag 10 Uhr vormittags. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Ermächtigungsgesetzes.

Zeigners „Selbstschutz".

Zeigners Verhandlungen mit Stresemann.

Plauen, 11. Oktober. **Als das Auto der Stadt Zwickau mit dem Oberbürgermeister Holz und einem Stadtverordneten der Stadt Zwickau von einer dienstlichen Fahrt von Dresden nach Zwickau zurückkehrte, wurde es von einer Bande gestellt, die es anscheinend nach Waffen durchsuchen wollte. Der Führer vermutete einen Raubüberfall und fuhr mit unverminderter Geschwindigkeit weiter. Die Bande bewarf darauf das Auto mit Steinen und beschädigte es so schwer, daß ein Schaden von 18 Milliarden entstand. Die Insassen blieben unverletzt.**

*

Die Besprechungen des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner mit dem Reichskanzler Dr. Stresemann am Dienstag dürften voraussichtlich das Ergebnis haben, daß für Sachsen und den sächsischen Wehrkreis dem militärischen Befehlshaber General Müller ein Zivilkommissar beigegeben wird. Wie wir hören, ist dazu der sozialdemokratische Abgeordnete Schmidt-Meißen in Aussicht genommen. Abg. Schmidt-Meißen ist jetzt Schriftführer des Reichstags. Er gehörte vor der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien der Mehrheitssozialdemokratie an.

Außerdem wird gemeldet: Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Der sächsische Geschäftsträger in München, Legationsrat v. Dziembowski, ist durch Beschluß des Gesamtministeriums vom 8. Oktober von seinem Posten enthoben. Die Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten", daß Legationsrat v. Dziembowski seine Entlassung wegen Eintritts der Kommunisten in die sächsische Regierung erbeten habe, trifft zu. Er hat durch ein heute in Dresden eingegangenes Schreiben vom 9. Oktober um seine Entlassung gebeten, weil seiner Auffassung nach eine sozialistisch-kommunistische Regierung „von jedem ehrlichen Deutschen aufs schärfste bekämpft werden müsse".

Verbot der roten Verbände in Thüringen.

Jena, 11. Oktober. **Nach einer Mitteilung des thüringischen Staatsministeriums sind durch General Reinhardt die proletarischen Hundertschaften und Kampfverbände in Thüringen verboten worden. Hierzu schreibt die „Neue Zeitung" in Jena, die diese Meldung bringt: „Auf kaltem Wege soll der mitteldeutschen Arbeiterschaft der Garaus gemacht werden. Papierne Verbote sind aber nicht wirksam, wenn die Arbeiterschaft es versteht, aus jeder Fabrik eine Burg, eine Kaserne, eine Waffe im Kampf gegen die weiße Diktatur zu machen. Gegen die weiße Diktatur gilt es aber, mit allen Mitteln zu rüsten."**

*

Breslau, 11. Oktober. Gestern wurden hier eine größere Anzahl von Kommunisten verhaftet, darunter Mitglieder der Bezirksleitung Schlesiens der K.P.D. sowie Bureaupersonal und Angestellte der Schlesischen Arbeiterzeitung. Die Festnahme steht im Zusammenhang mit der kommunistischen Propaganda zum Zwecke der Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland.

Die „Rote Fahne" unschädlich gemacht.

Berlin, 11. Oktober. **Der Reichswehrminister hat verordnet: „Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 verbiete ich bis auf weiteres Herstellung und Vertrieb der „Roten Fahne", da sie in ihren Nummern 217 vom 9. Oktober 1923 und 218 vom 10. Oktober 1923 zur Vorbereitung des politischen Generalstreiks aufruft und die Reichswehrsoldaten zur politischen Betätigung und zum Ungehorsam auffordert. Das Verbot gilt auch für jede andere Zeitung, die als Ersatz für die „Rote Fahne" neu herausgegeben oder ihren Abonnenten zugestellt wird."**

*

Die „Deutsche Zeitung" veröffentlicht in ihrer Abendausgabe vom Mittwoch ein sensationell aufgemachtes Londoner Telegramm, daß General Nollet an die Reichsregierung eine Note gerichtet habe, in der wahrscheinlich die Auflösung der deutschen Reichswehr gefordert werde, zumindest aber eine „neue, unerhört demütigende Entwaffnungsaktion" angehangt sei. Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß diese Mitteilungen vollkommen unzutreffend sind. Gegen die „Deutsche Zeitung" wird entsprechend vorgegangen werden.

Gegen die Politik der Schlagworte.

Eine Mahnung des bayerischen Staatskommissars.

München, 11. Oktober. Die Korrespondenz Hoffmann veröffentlicht eine Erklärung des Generalstaatskommissariats, in der es heißt: Es ist eine perfide Verleumdung, zu behaupten, der Generalstaatskommissar von Bayern habe von irgendeiner Seite eine besondere Marschroute oder überhaupt eine Marschroute erhalten. Dazu wurde von niemandem auch nur der leiseste Versuch gemacht. Er verwaltet sein schweres Amt nach Fühlungnahme mit freien, sachkundigen Männern aus vaterländischer Pflicht nach seinem Gewissen und auf seine Verantwortung, ohne Rücksicht auf Beifall oder Mißfallen. Es wäre eine Pflicht eines jeden wirklich vaterländisch gesinnten Mannes, ihn in dieser übermenschlichen Arbeit nach Kräften zu unterstützen, denn diese Arbeit dient doch außer dem Staatsganzen auch dem Einzelnen.

Es ist weiter eine Torheit, von dem Generalstaatskommissar Bayerns zu erwarten, daß er das Unglück und den wirtschaftlichen Zusammenbruch, der im Verlaufe von mehr als sieben Jahren über Deutschland und damit über Bayern hereingebrochen ist, in wenigen Tagen oder Wochen oder auch Monaten beseitigen könnte. Es gibt niemanden auf der Welt, der das vermag. Ganz allgemein ist zu sagen, daß mit Schlagworten, mit Uebertreibungen, mit Hysterie Staatsgeschäfte und insbesondere Rechtspflege nicht betrieben werden können, namentlich nicht in einem kranken Staat und in einem kranken Volk.

Der „Fränkische Kurier" erhält von der Reichsflagge Nürnberg die folgende Mitteilung: Die Verhandlungen auf der Landestagung der Reichsflagge in Nürnberg ergaben, daß sie sich nunmehr endgültig hinter die Politik Kahrs stellt. Damit soll keine bedingungslose Unterstellung auf Gedeih oder Verderb ausgesprochen sein. Die Reichsflagge ist eine großdeutsche Bewegung mit dem Ziel, die deutsche Frage zu lösen und wird, solange Kahr denselben Weg geht, die Macht der Reichsflagge ihm restlos zur Verfügung stellen. — Im Zusammenhang damit legte Hitler die ihm vor einigen Tagen übertragene Führung des Deutschen Kampfbundes wieder nieder, da er dem Entschluß des Führers der Reichsflagge, hinter Kahr zu treten, nicht zustimmte.

„Hans Peter Kromm, der Lebendige"

Eine Geschichte von Ufer zu Ufer

von Johanna Wolff.

60. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wir werden dich noch eben satt bekommen." Und die Schwester eilte, das Herz mit Hoffnung erfüllt, zur Küche.

Er aß, und es schmeckte ihm. Er ließ sich sogar noch ein Brötchen nachgeben und lag wie ein gestilltes Kindlein in seinen Kissen.

„Hast du nicht eben an Hilde gedacht?" fragte er den Freund.

„Ich tat's," erwiderte Hans Peter, „ich denke oft an sie."

„Und willst nicht gehn und sie zurückholen?"

„Nein. Ich sag' zu dir, wie ich zu Klaschen gesagt: Von selber ist sie gegangen, von selber muß sie wiederkommen. Wie sollte ich mich sonst ihrer freuen?"

Titje sann. „Hast du dich oft gefreut in deinem Leben, Peterle?"

„Laß sehn," gab dieser zurück· „als kleiner Junge, da die alte Fischfrau mir Roschen schenkte, die kleine Schildkröte, dann über die Schweinslederne mit den Bildern und nachher über die Schäftestiefel. Na und über das Stiftchen! Das Stiftchen, deswegen ich dem armen Euchen den Zopf herunterriß und die Schleife zertrampelte — — Ja, und auch als Herr Wilfried Steiner „kleiner Malmann" zu mir sagte, und nachher, als ich in der Schule den Erich verhaute — dann konnte ich abermal zittern vor dem Unaussprechlichen, das empfand ich in Grenzenloses war in mir — im Stiftchen — da wollte es heraus."

„Bei mir kommt nicht soviel zusammen," lächelte Titje sinnend. „Kinderfreuden habe ich kaum gekannt. Ich war sehr schwächlich, man hütete mich mit beängstigender Sorgfalt, und ich hatte doch nur die eine Sehnsucht, zu den Straßenkindern zu kommen! Nicht etwa, um mit ihnen zu toben — nur um ihnen zuzutragen, alles was mein war. Ich liebte alles, was ärmlich war und in sich gebückt gehn mußte."

„Und willst uns jetzt allein lassen," stieß Hans Peter heraus. „Titje, du darfst nicht dahinfahren! Du hast einen Beruf und Werke, die dich benötigen. Oh, daß ich für dich sterben könnte. Titje Bernd! Sieh her," rief er inbrünstig, „ich hebe meine Hände auf zu dir und bitte dich um dein Leben — ich umklammere deinen Leib, der keusch war, und deine Seele halte ich fest, die ilcht ist, deinen kleinen Finger noch will ich nicht loslassen — Titje."

Die Fenster standen offen — von unten herauf drang Stimmengeräusch, von ferner kam das Raunen der großen Stadt.

Hatte Titje das ziehen des Freundes vernommen? Er lag so still, seine Hände waren gefaltet.

Er betet, er wünscht sein Leben von der göttlichen Kraft zurück, dachte Hans Peter.

Titje regte sich: „Hör', Peterle, ich habe einen Wunsch."

„Sag' ihn."

„Ich habe da einen edlen Tropfen aufgespart, drei Flaschen Burgunder im Keller. In der kleinen runden Ecke liegen sie — Lydia weiß. Die möchte ich jetzt herauf haben. Bitte sehe mich kecht hoch in die Kissen." Es war ein seltsam Licht in seinem ganzen Antlitz.

Hans Peter sah ihn an, zweifelnd: „Möchtest du nicht lieber ruhn?"

„Erquicken! Nicht quälen! Her mit den Flaschen! Und Gläser dazu!" Es kam wie Ungeduld in seine Stimme.

Da wurden die drei alten Rundbäuchigen herausgeholt und vor ihn hingestellt. Er konnte es kaum erwarten, bis die erste geöffnet war und ein Glas und ein zweites gefüllt auf dem Tischlein standen. Köstlich Duften erfüllte den Raum. Mit einem hastigen Entzücken prüfte Titje die Blume und stieß hellen Auges mit nur leicht bebender Hand seinen Kelch an den des Freundes. „Diese beiden sind dein. Du wirst die eine trinken an dem ersten Abend, da Titje draußen liegt. Die andre — damit taufft du einmal deinen Erstgeborenen wenn er einjährig wird. Sonnenlicht und dieser edle Saft sollen ihm meinen Segen bringen."

Er drehte das Glas zwischen den Fingern, daß die liese Weinröte ihre Bläue durchleuchtete: „Und nun will ich hier noch die größte Freude meines Lebens verrichten: Es war immer mein Wunsch, für eine große Sache sterben zu können; das ist mir nicht gegeben. Aber ich habe mir einmal ein paar Blutstropfen aus den Händen gelkunden für einen armen Mann, dem ich die Steine geklopft am Weg. Das freut mich noch heute!"

Noch ein strahlendes Aufblicken in des Freundes Gesicht — dann am Boden ein feines Klirren — — das Glas war der bleichen Hand entglitten — —

Hans Peter vermeinte einen kleinen weißen Blitz wahrzunehmen von der Lagerstätte zum Fenster hin; kein Glied vermochte er zu regen, keinen Laut hervorzubringen — — Er starrte dem kleinen Glänzen nach und dann in die Kissen: Der da ruhte, das Haupt zur Seite gesunken mit halboffenem Blick — war das noch Titje? Bohutsam, Schritt für Schritt ging Hans Peter auf ihn zu, hielt den Odem zurück und lauschte, als müsse der leise Wohllaug der geliebten Stimme gleich wieder auftönen, und wußte doch so gewiß: nur das stille Kleid war es, das er vor Augen hatte! Die Seele, die darin umgegangen, war entwichen wie ein Tropfen, aufgesogen vom großen Licht, war sie dahingefahren.

Wie weit diese Stille! Wie tief diese Ruh!

Sogar die Strahe hielt den Frieden — —. Da tat Hans Peter einen tiefen Atemzug, neigte sich und küßte den Freund auf den Mund, küßte ihn noch einmal und barg das Gesicht in die kühle Hand des Toten. Danach erst führte er Lydia herein und überließ es ihrer schwesterlichen Liebe, die Augen des Bruders zu schließen.

Hans Peter stand auf dem kleinen Altan. „Titje!" sagte er immer wieder. „Titje Bernd! Wie viele werden dich vermissen!" Und wie ein Zwang kam's über ihn: „Hilde!" Das — — mußte sie erfahren — wissen! Irgendwie war auch sie geheimnisvoll mit ihm verbunden gewesen. „Titje ist eben gestorben!" Nur diese vier Worte enthielt die Depesche, die Hans Peter absandte.

Am Mittemacht, als der Zug aus der Hauptstadt durchkam, ging er zum Bahnhof. Sie war da. Und war eine unaussprechliche Trauer in ihrem Wesen, ganz stumm und still.

Es gab sich alles ganz schlicht und natürlich, wie verabredet und so, als hätte da nichts zwischen den beiden gelegen, eine lange Zeit.

Wortlos wanderten sie durch die nachtdunklen Straßen zu Titjes Haus. Da war der kleine grüne Gartenstieg. Hildes Hand umfaßte das Gitter: „Du — du nimmst mich mit die hinauf — — läßt mich ihn sehn — —?"

„Komm." Und führte sie an der Hand die Stiegen empor.

Allein stand Hilde im abgehellten Raum. Lydia war hinausgeglitten und Hans Peter hatte die Tür hinter ihr zugezogen.

Auf seinem Lager ruhte Titje. Die kleine Nachtlampe warf den Schein auf sein unverhülltes Gesicht. Wie schön es war! Wie überirdisch schön! Sie wagte sich gar nicht herzu. Von der Schwelle her streckte sie die Hände nach ihm — sehnsüchtig ihn anzurühren.

„Titje!" Auch ihre Lippen raunten seinen Namen; wie gezogen glitt sie ihm näher. Ja, sie kannte diese hohe, reine Manneslinie, in schöner Linie von Dunkelhaar umschlossen, die Nase und den Mund — wer hatte einen Mund wie Titje! Fein, leuich und so männlich hold! . . . Aber die Augen, die waren geschlossen.

Er hatte sie angesehen, da war es über sie gekommen, das Seltsame: Ueber sich selbst ein Denken und Nachdenken. Nein, sie konnte sich nicht mehr von Hans Peter nehmen lassen! Ehe sie Weib wurde, mußte sie Mensch werden!

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19231011019/fragment/page=0002